BÜRGERLISTE
unabhängig • überparteilich • engagiert

Haushaltsrede der Bürgerliste (es gilt das gesprochene Wort) **24. Januar 2022**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schafft,

sehr geehrte Damen und Herren Amtsleiter*innen,

sehr geehrte Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung,

sehr geehrte Kolleg*innen des Gemeinderates,

sehr geehrte Damen und Herren der Presse,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

zunächst möchten wir Ihnen eine kurze Einschätzung zum Verlauf des vergangenen Haushaltsjahres 2021 zur Kenntnis geben. Erfreulicherweise in der Tendenz besser, als wir diese Entwicklung in unseren Planansätzen zum Haushaltsjahr 2021 verabschiedet haben.

Statt einem prognostizierten Abmangel beim ordentlichen Ergebnis in Höhe von 674.800 € wird aufgrund höherer Schlüsselzuweisungen und größerer Gewerbesteuereinnahmen ein positiver Überschuss von ca. 300 TEUR zu erwarten sein.
Über außerordentliche Erträge mit dem Verkauf von Baugrundstücken kann die Stadt nun mit einem Zahlungsmittelüberschuss im Gesamtergebnishaushalt von ca. 1,8 Mio. € rechnen.
Ein erfreuliches Ergebnis, das vor allem die Liquidität der Kommune stärkt.
Unser letztjähriger Appell an den Kämmerer, die Haushaltsströme auch in 2021 kritisch zu überwachen, auf Sicht zu fahren und Maßnahmen erst zu starten, wenn deren Finanzierung gesichert ist, hat diese Situation sicher mit beeinflusst.
Dafür herzlichen Dank an Herrn Seifert, seine Stellvertreterin Frau Neuburger und Frau Breimayer.
Ebenso gilt unser Dank allen betroffenen Produktverantwortlichen, die erforderliche Kurskorrekturen, vermutlich nicht immer voller Begeisterung, mitgetragen haben.

Die engagierten Absichtserklärungen des Gemeinderates und der Stadt Riedlingen, mit teilweise bereits über Beschlüsse eingegangene Verpflichtungen zu ihren Metaprojekten, verlangen nachhaltig finanzielles Potential, um Herausforderungen der nächsten Jahre mit Vermögensverzehr zu Lasten der Stadt so gut als möglich auszuschließen, bzw. so zu gestalten, dass die Stadt mittelfristig kein Sanierungsfall wird.

Damit gestatten Sie mir bitte, dass ich zu den finanziellen Rahmenbedingungen im Haushaltsjahr 2022 überleite.
Zum weiteren Verständnis, die Bürgerliste bezieht sich zunächst auf die Haushaltsplanzahlen, die dem Gemeinderat bei der Haushaltseinbringung am 06. Dezember 2021 vorgestellt wurden.

BÜRGERLISTE
unabhängig • überparteilich • engagiert

Finanzielle Rahmenbedingungen im ordentlichen Ergebnishaushalt 2022

Diese werden mit Sicherheit von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im nun dritten Corona-Krisenjahr, je nach Branche, mit weiter wegbrechenden Steuereinnahmen, Kostensteigerungen in vielen Bereichen und zunehmender Inflation, beeinflusst werden.

Richtigerweise und vorausschauend wurden deshalb im ordentlichen Haushalt die Planansätze bei den Erträgen vorsichtig kalkuliert. Im Aufwandsbereich entfallen 84 % auf 3 wesentliche Kostenarten: Personalaufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie Umlagezahlungen an Land, Kreis Verbände und sonstige Transferaufwendungen.
Besonders augenscheinlich:

Die Personalaufwendungen (liegen 8,6% höher als 2021)
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (liegen 20 % höher als 2020)

Bei den **Transferaufwendungen** lassen sich Einsparpotentiale nur bei Verbänden und sonstigen Gruppen beeinflussen und das auch nur mit überschaubarer Wirksamkeit für das Gesamtvolumen dieser Aufwandsposition.
Rein formal, und ausschließlich zahlenbezogen, ist es unter diesen Umständen zu begrüßen, dass es der Kämmerei gelungen ist, einen ausgeglichenen ordentlichen Ergebnishaushalt und mit Sonderergebnis einen Gesamtergebnishaushalt mit einem Überschuss von 101.300 € vorzulegen.

Ein Ruhekissen nach dem Motto: „ja dann ist ja alles in bester Ordnung“ bedeutet dieser Umstand allerdings nicht.

Die **ursprünglichen** Planzahlen aus der letztjährigen Dezembersitzung zu den Ergebnishaushalten 2022-2025 müssen Anlass zur Nachdenklichkeit geben.

Die ordentlichen Ergebnishaushalte erwirtschaften bei dieser Vorlage inklusive Abschreibungen nur noch bis 2023 positive Überschüsse. Ab 2024 gelingt der Ausgleich zwischen Ertrag und Aufwand mit Abdeckung der Abschreibungen nur noch über außerordentliche Erträge mit Sonderergebnissen. Ohne außerordentliche Erträge können wir schon ab 2024 die Voraussetzungen zum Ausgleich unserer ordentlichen Ergebnishaushalte nicht mehr bedienen. Wir sind dann auf die Veräußerung vorhandener Flächen- und Gebäuderessourcen oder auf ausreichend Fördermittel angewiesen, um einen ausgeglichenen Gesamtergebnishaushalt zu realisieren.
Beim einen setzen wir eigenes kommunales Tafelsilber ein, das endlich ist, beim anderen sind wir auf Fördergelder angewiesen und diese müssen ohne Einschränkung dem jeweiligen Haushalt zufließen.
Ein weiterer Blick auf die liquiden Eigenmittel zeigt: Ausgehend von 14 Mio. € verfügen wir am Ende von 2022 noch über 4,6 Mio.€. Diese Mittel schmelzen ab auf 336.400 € Anfang 2024 und entsprächen nicht einmal mehr der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestliquidität, die für unsere vorliegenden Planansätze bei 500 TEUR auszuweisen wäre.
Mit diesen Zahlen ist Vermögensverzehr absehbar und fordern streng genommen für das Haushaltsjahr 2022 Anpassungen bei Einnahme- und Ausgabepositionen ein, um die Liquiditätslage der Stadt zu verbessern.

BÜRGERLISTE
unabhängig • überparteilich • engagiert

Aber meine Damen und Herren,
„ohne eigene auf die Verwaltung oder uns als Gemeinderat zurückzuführenden technischen oder personellen Konsolidierungsmaßnahmen“, sondern allein wegen zwischenzeitlich genauerer Kenntnis über die Höhe des Zugangs von Schlüsselzuweisungen und Steuereinnahmen gegenüber der ursprünglichen Haushaltseinbringung, kann die Stadt beim Gesamtergebnishaushalt jetzt mit einem Finanzmittelüberschuss in Höhe von 1.295.600 € statt der ursprünglich angesetzten 101.300 € planen.
Diesen Geldmittelzufluss sollten wir für die weitere Ansparung bei unseren liquiden Eigenmitteln mit Blick auf künftige Investitionen nutzen!

Antrag:

Die Bürgerliste beantragt, diese zusätzlichen Mittel bei den Einnahmen im ordentlichen Ergebnishaushalt nicht durch zusätzliche Wünsche zu verausgaben, sondern diese liquiden Eigenmittel als Rückstellungen für Verbindlichkeiten künftiger Haushalte auszuweisen und die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel für 2022 entsprechend dem Plan der Haushaltseinbringung vom 06.12.21 vorzunehmen.

Gleichwohl gilt es darüber hinaus, Nachsteuerungen in unserem Einnahme- und Ausgabeverhalten im Haushaltsjahr 2022 anzustoßen. Negativen Salden in unseren Ergebnishaushalten sind haushaltsrechtlich Grenzen gesetzt. Sie können zwar über außerordentliche Sonderergebnisse aufgefangen werden aber nur insoweit, wie der Abmangel damit komplett gedeckt werden kann. Falls nicht, muss die Stadt Kredite nicht nur für investive Maßnahmen aufnehmen, sondern auch um normale Geschäftstätigkeiten abzudecken. In der Privatwirtschaft enden diese Verhaltensweisen, sollten sie nicht nur vorübergehend sein, unweigerlich in der Insolvenz!

Damit lassen Sie mich bitte überleiten auf ein kommunalpolitisch heißes und nicht selten sehr dünnhäutig diskutiertes Eisen.
Sie ahnen es, zum unendlichen Mal die Diskussion über die Entwicklung bei den Personalkosten. Jahr für Jahr erfolglose Anläufe, die Kosten nicht ausufern zu lassen. Ebenfalls das darauffolgende stereotyp wiederkehrende „Schwarze-Peter“-Spiel zwischen Verwaltung und Rat, wer denn nun derjenige sein soll, der den Personalkostenblock stärker beeinflusst.
Das Procedere lehrt, dieses Ritual schafft weder Abhilfe noch Lösung. Je nach Heftigkeit der Diskussion nicht selten garniert mit der Einlassung: “ Sie als Gremium haben doch da und da zugestimmt, sie sollten doch wissen, was sie tun und welche Folgen damit verbunden sind!“
Aber es hilft nichts, wir müssen uns diesem Dauerthema stellen – Warum?
Allein gegenüber dem Planansatz von 2021 erhöhen sich die Personalkosten um 742.800 € für 2022 und nehmen jetzt mit ca. 9,4 Mio. € über 34 % am Aufwandsvolumen im Ergebnishaushalt ein. Dabei sind darin Kostenersätze für ausgelagerte Dienstleistungen wie Schulsozialarbeit und offene Jugendarbeit noch gar nicht enthalten.
Von der Vorstellung der Bürgerliste, mittelfristig den Personalaufwand auf ca. 30 % des Gesamthaushaltsaufwandes zu verstetigen, entfernen wir uns mehr und mehr. Die Tendenz, dass wir mittelfristig auf mehr als 40% Personalkostenaufwand zusteuern, liegt leider nicht außerhalb jeglicher realitätsbezogener Vorstellungskraft.

Nach Auffassung der Bürgerliste ist aber eine Verstetigung und Konsolidierung bei den Personalkosten unabdingbar. Die Vorgehensweise stellt allerdings unsere Stadt vor große Herausforderungen und ist, wie bereits angesprochen, **bezüglich ihres Ergebnisbeitrages**, keinesfalls sicher.
Appelle verblassen und der Ansatz über eine brachiale „Rasenmähermethode“ scheitert meist wegen vertragsrechtlicher und tarifrechtlicher Bedingungen im öffentlichen Dienst. Eine Ausnahme bildet die Nutzung der natürlichen Fluktuation mit einer konsequenter Nichtbesetzung freiwerdender Stellen, sofern deren Notwendigkeit in Frage gestellt werden kann.

Die Bürgerliste regt deshalb eine Aufgabenkritik hinsichtlich der Effizienz von Verwaltungshandeln an mit der Fragestellung: Wie wirtschaftlich nehmen wir unsere kommunalen Aufgaben aktuell wahr? und der Überprüfung zu deren Effektivität mit der Frage: Inwiefern leistet die Wahrnehmung dieser Aufgabe einen Beitrag zur Erreichung der gesteckten Ziele?

Zum Warmlaufen bei folgenden Projekten

Kindergartenplätze/Kindergartenbetreuung
Betriebshöfe (Bauhof, Gärtnerei, Gebäudemanagement)
Digitalisierung von Verwaltungsprozessen
Neuausrichtung des Kreisfeuerwehrlöschverbandes und deren Folgen

Hier sind Analysen zu Aufgabennotwendigkeiten, -zuordnungen, Verantwortlichkeiten, Vertretungszuordnungen einschließlich Überprüfungen bisheriger Organisationsüberplanungen gefordert, um Einsparpotentiale aufzuspüren und umzusetzen.

Die Bürgerliste beantragt:

Einsetzen von 4 Projektgruppen, jeweils unter Führung und Leitung des Verwaltungsvorsitzenden BM Schafft ergänzt um die zuständigen Produktverantwortlichen/Sachgebietsleiter und sachkundiger GR aus den Fraktionen. Jeweils Überprüfung und Priorisierung von Aufgaben auf personelle Kostenintensität, Einsparpotentiale bis hin zu Vorschlägen hinsichtlich der Beteiligungshöhe Dritter an der Finanzierung von Dienstleistungsangeboten der Kommune im Bereich des Kindergartenwesens.

Kontaktaufnahmen mit der GPA sind erwünscht, um Vergleichszahlen mit strukturell ähnlichen Kommunen zu erhalten, die es vielleicht ermöglichen, die Identifikation von Einsparpotentialen im personellen Bereich über unterschiedliche Organisationsstrukturen aufzuspüren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
Im Folgenden befassen wir uns mit den Investitionsmaßnahmen.

Investitionsmaßnahmen

Die im Haushaltsplan aufgeführten Investitionsmaßnahmen werden im Grundsatz mitgetragen. Die Bürgerliste setzt sich für sachgerechte Umsetzungen ein, die stets das wirtschaftlich Mögliche im Auge behalten.

Gestatten sie uns trotzdem detailliertere Aussagen zu wenigen einzelnen Vorhaben.

BÜRGERLISTE
unabhängig • überparteilich • engagiert

AMD

Die Umsetzung des AMD wird nach wie vor begrüßt. Uneingeschränkt im Kostenrahmen, der 2021 vom GR verabschiedet wurde. Dieser lässt sich offenbar nicht halten, deshalb findet der von der Kämmerei vorgesehene vorläufige Sperrvermerk zur Umsetzung des ambulanten medizinischen Dienstleistungszentrums die uneingeschränkte Zustimmung der Fraktion. Belastungsfähige Zahlen für den jährlichen Betrieb einerseits und einmalige Gebäudeinvestitionskosten andererseits, sowie deren Abgleich mit der finanziellen Leistungsfähigkeit unserer Stadt, sind unabdingbare Voraussetzung vor einem verbindlichen Beschluss zur Errichtung des AMD.
Die BüL befürwortet in diesem Zusammenhang, unabhängig von den noch vorzulegenden Zahlen, eine europaweite Ausschreibung des AMD in Teilen (nur OP) oder vollständig (OP, Verfügungspraxis, Apotheke) an einen externen Betreiber. Bei weiterer Prüfung eines Eigenbetriebes des AMD müssen die Businesspläne auf Grund der vielen, wahrscheinlich ungewissen, Annahmen durch einen vom Gemeinderat zu bestimmenden Sachverständigen geprüft werden, inwieweit die Annahmen und das darauf beruhende Zahlenwerk belastbar und valide sind.

Projekt Lebendige Altstadt Riedlingen

Die BüL bedankt sich bei Verwaltung, Lenkungskreis und Pragma-Institut für die erfolgreiche Aufnahme von Riedlingen als Teilnehmer-Kommune in ein Bundesförderprogramm: „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“. Sie begrüßt den GR-Beschluss 340 TEUR kommunalen Eigenanteil schwerpunktmäßig in die Haushalte 2022 bis 2025 einzustellen, um Fördermittel von ca. 1 Mio. € für die Stadt zu erhalten. Die Projektumsetzung und Fördergeldzuteilung unterliegt fest verankerter Zeit- und Budgetlinien bis 2025. Deshalb sind neben Verwaltung und Rat, die Bevölkerung, Immobilieneigentümer, Gewerbe, Handel, Gastronomie und Dienstleistungen aktiv gefordert, Riedlingen voranzubringen. Nach Auffassung der BüL bietet sich mit dem Förderprogramm eine absolut unverzichtbare Chance, um sich dem teilweisen bis vollständigen Sterben der Innenstadt entgegenzustellen. Ohne Belebung wird unsere Stadt nur noch übergangsweise schön herausgeputzt bleiben. Alle sind gefordert, die vorgegebenen Leitplanken für eine maximale Förderung möglichst vollständig umzusetzen.

Gartenschau 2035

Wir erwarten von der Verwaltung, dass das beauftragte Planungsbüro Senner noch vor der Haushaltseinbringung 2023 eine Kostenübersicht über Maßnahmen und Prioritäten zur Gartenschau vorlegt.
Begleitet von der Stadtverwaltung mit einem schlüssigen Verkehrskonzept, das zu den umzusetzenden Maßnahmen passt und eine umwelt- und bürgergerechte Verkehrslenkung erkennen lässt.
Über die mittelfristige Finanzplanung soll aufgezeigt werden, was sich Riedlingen aus eigener Kraft leisten kann und was darüber hinaus machbar und voraussichtlich förderfähig ist. Darauf aufbauend kann dann ein Ideenwettbewerb zur Umsetzung der priorisierten Projekte ausgeschrieben werden.

BÜRGERLISTE
unabhängig • überparteilich • engagiert

Bauhof
Wir sehen auch die Erneuerung des Bauhofes als Teil des Ganzen.
Die vorherige Ermittlung eines absolut notwendigen und auf unsere städtischen Anforderungen abgestimmten Raumkonzeptes, ergänzt mit der Ausrichtung auf Anforderungen für künftige Aufgaben bei der Umsetzung der Gartenschau, betrachten wir, wie bereits in unserer Haushaltsrede 2021 vorgetragen, als unbedingt erforderlich. Der im Haushaltsplan dargestellten Mittelbewirtschaftung wird dann zugestimmt, wenn dem Gemeinderat vorab ein schlüssiges Konzept vorgelegt wird und die Finanzierung sichergestellt werden kann.

Barrierefreies Wohnen
Es werden künftig in erheblichem Umfang kleinere, barrierefreie Wohnungen benötigt. In unserer Stadt sind diese ausgesprochene Mangelware, da oft von einkommensschwächeren Mitbürgern nachgefragt. Investoren sind an auskömmlichen Renditen interessiert und deshalb sind für beide Seiten Rahmenbedingungen gegeben, die sich nur schwer zur Deckung bringen lassen. Deshalb bitten wir, auf potentielle Förderprogramme der Landes- und Bundesregierung zu sozialem Wohnungsbau zu achten und soweit möglich zu nutzen.
Um im Fall der Fälle gerüstet zu sein, stellt die BüL **den Antrag:**
Im Haushaltsjahr 2022 durch die Verwaltung zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen es sich wirtschaftlich darstellen lässt, bei einem Teil der in der Zwiefalter Straße im Eigentum der Hospitalpflege befindlichen Gebäude über Sanierung oder Geschosswohnungsbau mit kleineren Wohnungen, dieser Nachfrage nachzukommen.

Zum Abschluss:
Sie erkennen den Tenor unserer Haushaltsrede.
Unser künftiges Entwicklungspotential hängt ganz entscheidend von der Finanzkraft der Stadt ab, wobei unser Augenmerk auf Erhaltung von Vermögen und Liquidität liegt.
Unterstützen müssen dabei kommunal begleitete Maßnahmen, wie Baulanderschließung, Grunderwerb für Gewerbegebiete und deren aktive Vermarktung. Besatz- und Citymanagement. Hier setzen wir auf den engagierten Einsatz unserer zum Jahresbeginn neu eingestellten Wirtschaftsförderin und die Unterstützung und Rückendeckung der Verwaltungsspitze, diesem Aufgabengebiet zusammen mit der Belebung der Altstadt Priorität und absoluten Vorrang einzuräumen.
Gleichzeitig regen wir an, unter Einbeziehung des Kämmerers, mindestens einmal jährlich mit unseren wichtigsten Gewerbesteuerzahlerfirmen ein Jahresgespräch über deren Einschätzung zu wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und eigenen betrieblichen Entwicklungsszenarien zu führen.
Einerseits um Tendenzen bei Gewerbesteuereinnahmen rechtzeitig wahrzunehmen und gegebenenfalls Nachsteuerungen im Ausgabeverhalten zu veranlassen, andererseits, um gemeinsam, wettbewerbsneutral, Wünsche und Anregungen in Bezug auf planungsrechtliche Rahmenbedingungen für deren Entwicklungspotential zu definieren.

Wir bedanken uns für Ihr geduldiges Zuhören und ihre Aufmerksamkeit
Bürgerliste

Dr. Wolfram Behm	Josef Martin
Rolf Blatter	Joachim Reis
Jürgen Glaser	Stephan Schmid
Michael Kley	
Gudrun Liebhart	